

Umfrage zur Umsetzung MEI bei den Mitgliedsunternehmen von economiesuisse

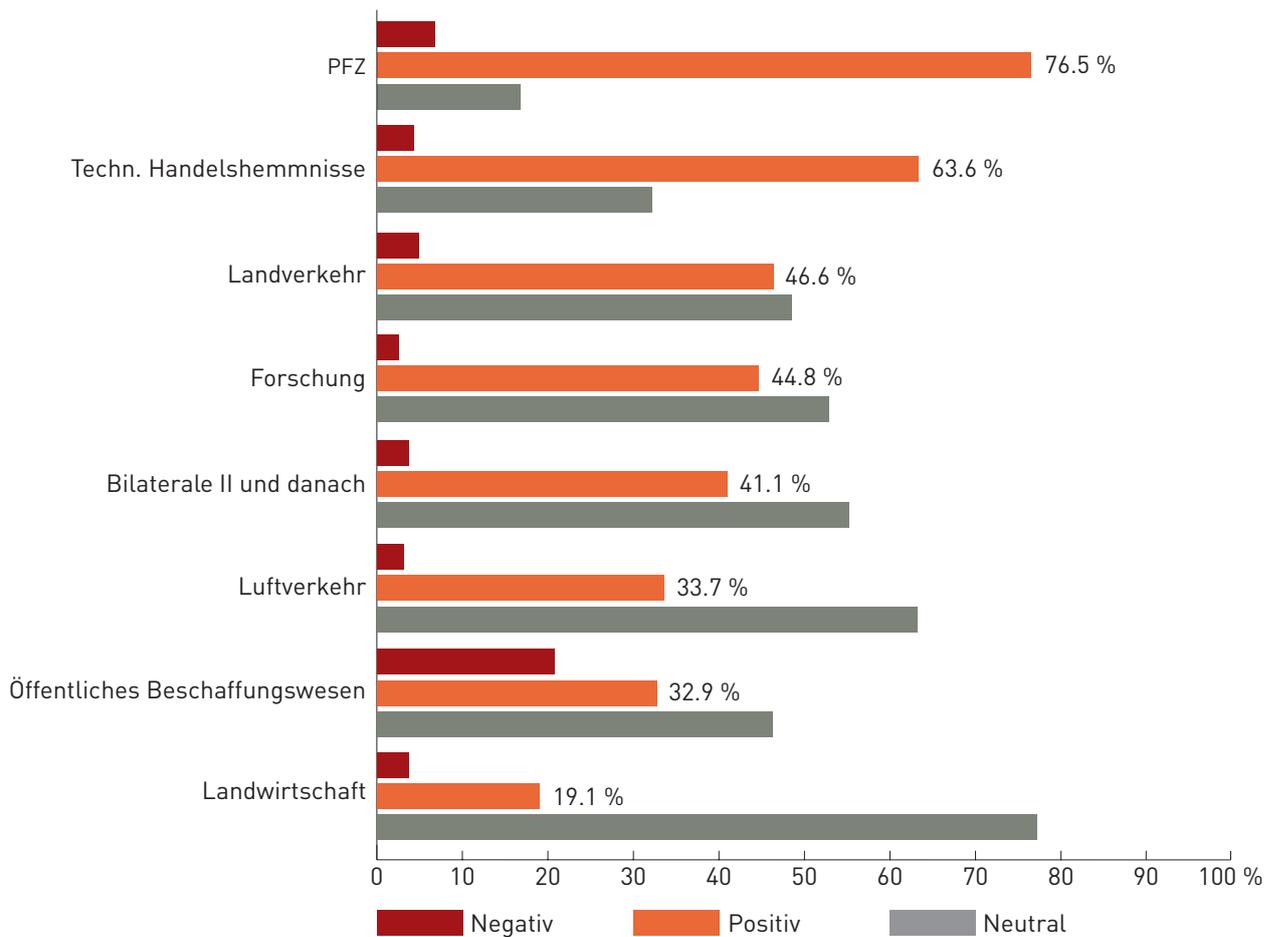
Eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen von economie-suisse zu den Bilateralen Verträgen zeigt, dass die Unternehmen die Bedeutung der Verträge als gross einstufen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird gleichzeitig als schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz beurteilt. Wird ein starres Kontingentsystem eingeführt, rechnen die Unternehmen mit spürbaren Einbussen. Trotz der schwierigen Situation zeigen die Antworten aber auch, dass grundsätzlich nach wie vor Vertrauen in den Standort Schweiz und auch in die Politik vorhanden ist.

Bilaterale Verträge weiterhin zentraler Standortfaktor

Die Bilateralen Abkommen sind für Schweizer Unternehmen nach wie vor von grosser Bedeutung, dies zeigen die Umfrageergebnisse. Besonders hervor ragt das Personenfreizügigkeitsabkommen, das für 76.5 Prozent der Befragten von Bedeutung ist und dessen Auswirkung auf die Unternehmen als positiv oder sehr positiv eingestuft wird. Aber auch das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse wird von 63.6 Prozent der Teilnehmer als für sie positiv oder sehr positiv bewertet. Weniger direkte Bedeutung räumen die Befragten dem Landwirtschaftsabkommen ein. Das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen ist das einzige, das einen nennenswerten Anteil an Negativstimmen aufweist (20.7 Prozent), wobei der Anteil der Positivstimmen auch hier deutlich überwiegt (32.9 Prozent). Die Negativmeldungen dürften in erster Linie mit dem gestiegenen Konkurrenzdruck zusammenhängen, der allerdings aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive Vorteile hat. Denn durch die Öffnung des Schweizer Binnenmarkts werden hiesige Unternehmen wettbewerbsfähiger und produktiver.

Bedeutung der einzelnen Verträge unterschiedlich eingeschätzt

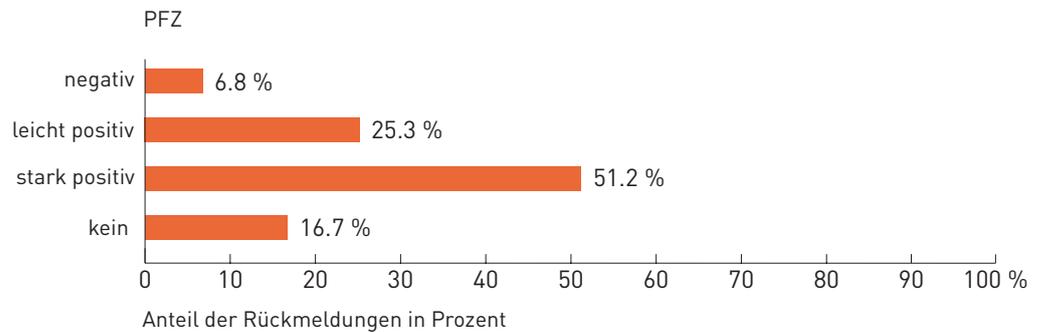
Wie beurteilen Sie folgende Bilaterale Abkommen für Ihr Unternehmen/Ihre Branche?



► Gesamthaft gilt, dass sieben der acht Abkommen, zu denen die Mitgliedsfirmen befragt worden sind, von mindestens jedem dritten Unternehmen als positiv oder sehr positiv beurteilt werden. Rund 90 Prozent aller Umfrageteilnehmer bewerten mindestens eines der Abkommen als positiv oder sehr positiv.

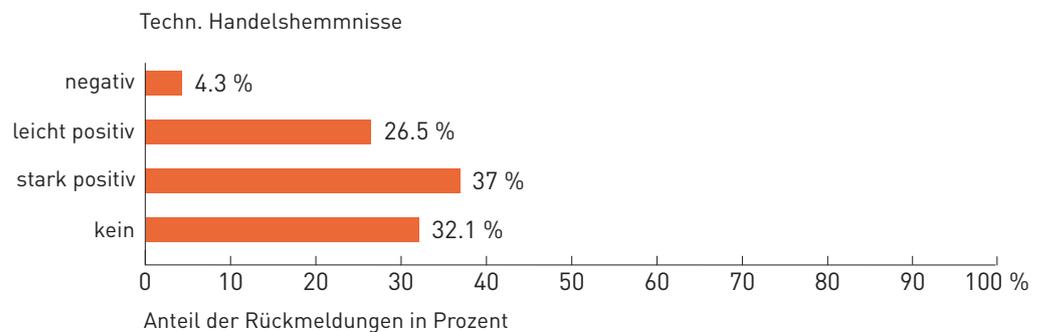
Personenfreizügigkeit unbestritten das bedeutendste Abkommen

Das Personenfreizügigkeitsabkommen wird von der überwiegenden Mehrheit der Unternehmen und fast allen Verbänden als sehr positiv oder positiv eingestuft. Die positive Einstufung erfolgt weitgehend branchenunabhängig.



Abbau von Handelshemmnissen für Exportbranche massgebend

Das Abkommen über Technische Handelshemmnisse wird ebenfalls von einer grossen Mehrheit der Unternehmen und fast allen Verbänden als wichtig bzw. sehr positiv oder positiv eingestuft. Aufgeschlüsselt nach Branchen zeigt sich, dass dieses Abkommen insbesondere von Unternehmen aus der MEM-, IT- und Pharmaindustrie sowie dem Detailhandel positiv beurteilt wird.



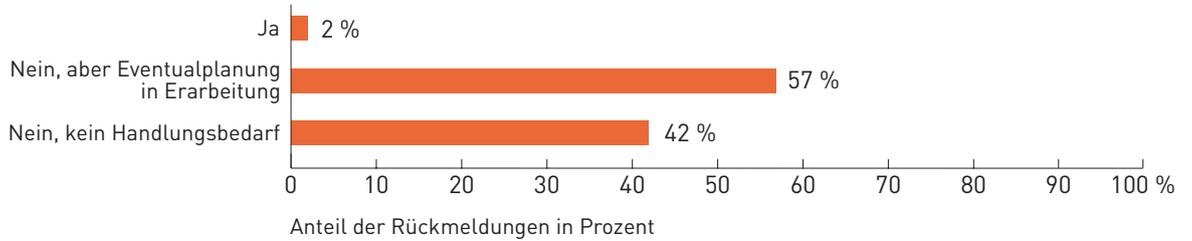
Die weiteren Abkommen werden von der Gesamtheit der antwortenden Unternehmen für Investitions- und Beschäftigungsentscheide zwar als weniger wichtig beurteilt, für einzelne Branchen sind sie aber klar von Bedeutung. So ist beispielsweise das Landwirtschaftsabkommen für die Lebensmittelindustrie von grosser Bedeutung oder die Bilateralen II werden besonders von der Lebensmittelindustrie, den Banken und Pharmaunternehmen als wichtig eingestuft.

Unternehmen warten noch ab

Fast 60 Prozent der Befragten erarbeiten nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative eine Eventualplanung. Denn längerfristig erwarten fast die Hälfte der Umfrageteilnehmer erhebliche Probleme mit der Umsetzung der Initiative sowie dem allfälligen Wegfall der Bilateralen Verträge. Beträchtliche und anhaltende Geschäftseinbussen werden befürchtet. Nur zwölf Prozent der Befragten sehen sich durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative

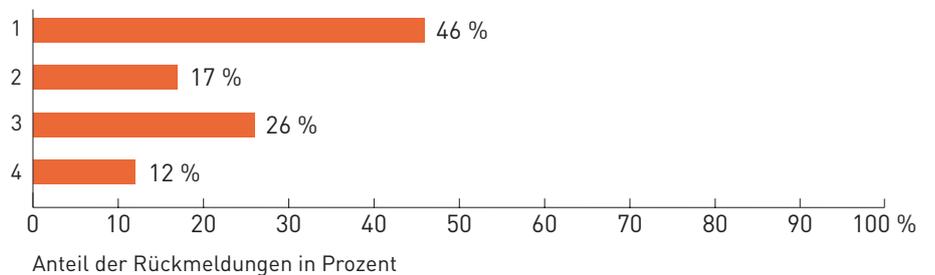
und der sich daraus ergebenden Risiken für die Bilateralen Verträge nicht betroffen. In unmittelbarer Reaktion auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative haben lediglich zwei Prozent der befragten Unternehmen Massnahmen getroffen.

Hat das Unternehmen unmittelbar nach Annahme der MEI Massnahmen getroffen?



46 Prozent der befragten Unternehmen erwarten nach der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und einem allfälligen Wegfall der Bilateralen Verträge erhebliche Probleme sowie anhaltende und beträchtliche Geschäftseinbussen. Gleichzeitig zeigen die Umfragedaten aber auch, dass rund ein Viertel der antwortenden Unternehmen der Politik bzw. dem Bundesrat zutraut, eine Lösung zu finden. Rund 17 Prozent der antwortenden Unternehmen erwarten kurzfristige Probleme, die nach ihrer Einschätzung jedoch auf unternehmerischer Ebene schnell und einfach gelöst werden können.

Welches Szenario erwarten Sie nach der Umsetzung der MEI ab 2017 gemäss Vorschlägen des Bundesrates?

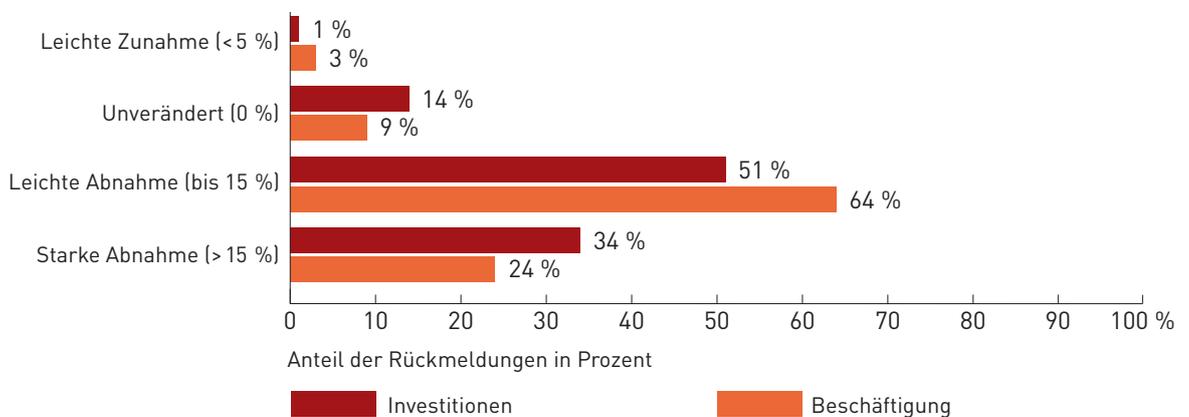


- 1 Umsetzung MEI und allfälliger Wegfall Bilaterale Verträge bringen erhebliche Probleme, anhaltende und beträchtliche Geschäftseinbussen sind zu befürchten.
- 2 Umsetzung MEI und allfälliger Wegfall Bilaterale Verträge bringen kurzfristige Probleme, alternative Lösungen können jedoch auf unternehmerischer Ebene schnell und einfach gefunden werden.
- 3 Umsetzung MEI und allfälliger Wegfall Bilaterale Verträge bringen kurzfristige Probleme, wir sind jedoch zuversichtlich, dass der Bundesrat in Verhandlungen mit der EU Lösungen finden wird, sodass sich mittel- und längerfristig keine signifikanten Probleme ergeben.
- 4 Umsetzung MEI und allfälliger Wegfall Bilaterale Verträge tangieren uns nicht.

Negative Auswirkungen auf Investitionen und Beschäftigung

Die mittel- bis längerfristigen Auswirkungen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative werden von den antwortenden Unternehmen klar negativ beurteilt. Ein Drittel rechnet gar mit einer längerfristig starken Abnahme der Investitionen (>15 Prozent) am Standort Schweiz. Bei der Beschäftigung sind es rund ein Viertel der befragten Unternehmen, die von einem starken Rückgang (>15 Prozent) ausgehen. Die Hälfte der befragten Unternehmen erwartet einen Rückgang der Investitionen um bis zu 15 Prozent. Bezüglich Beschäftigung erwarten rund 64 Prozent einen Rückgang um bis zu 15 Prozent. Nachfolgende Grafik zeigt die erwarteten längerfristigen Auswirkungen der Umsetzung MEI auf Investitionen und Beschäftigung.

Welche Folgen werden nach einer Umsetzung der Initiative erwartet?

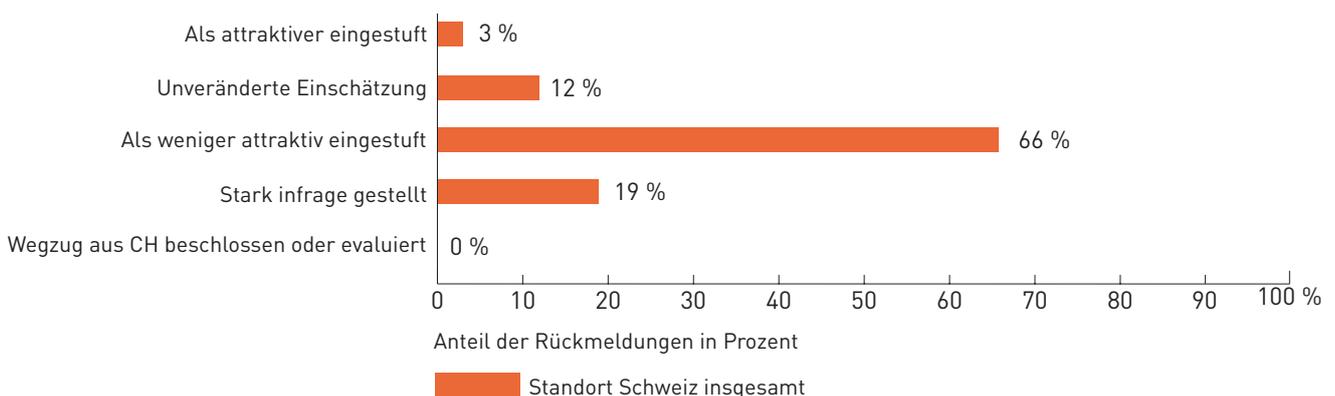


Standort Schweiz verliert

Eine unveränderte Situation bezüglich Standortattraktivität der Schweiz sehen nur zwölf Prozent der Befragten. Zwei Drittel beurteilen den Wirtschaftsstandort Schweiz durch die erwartete Umsetzung als weniger attraktiv. Fast ein Fünftel der Unternehmen erachtet den Standort Schweiz gar als längerfristig stark infrage gestellt.

Einen Wegzug aus der Schweiz aufgrund der Umsetzung erwägt aktuell keine der antwortenden Firmen. Dies obwohl die grosse Mehrheit angibt, dass sie eine Verringerung der Standortattraktivität erwartet.

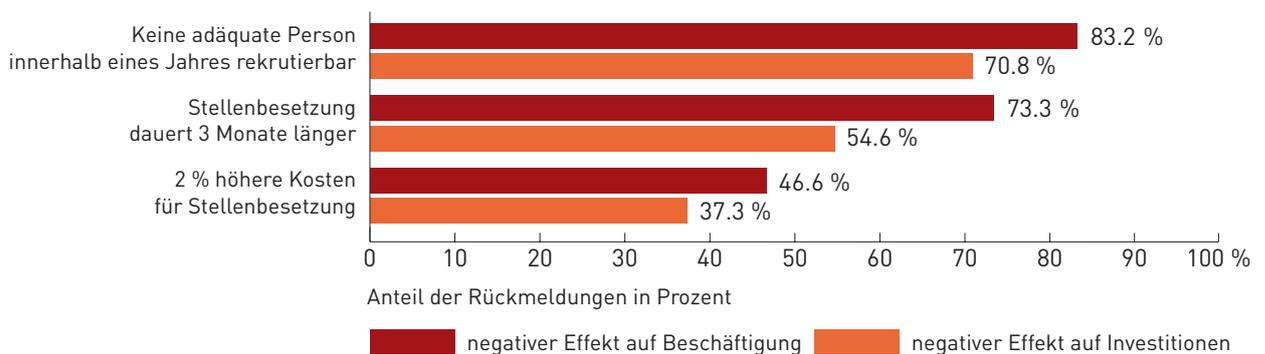
Auswirkungen Umsetzung MEI auf Standort Schweiz insgesamt



Unternehmen hoffen auf unbürokratische, wirtschaftsverträgliche Umsetzungsvariante

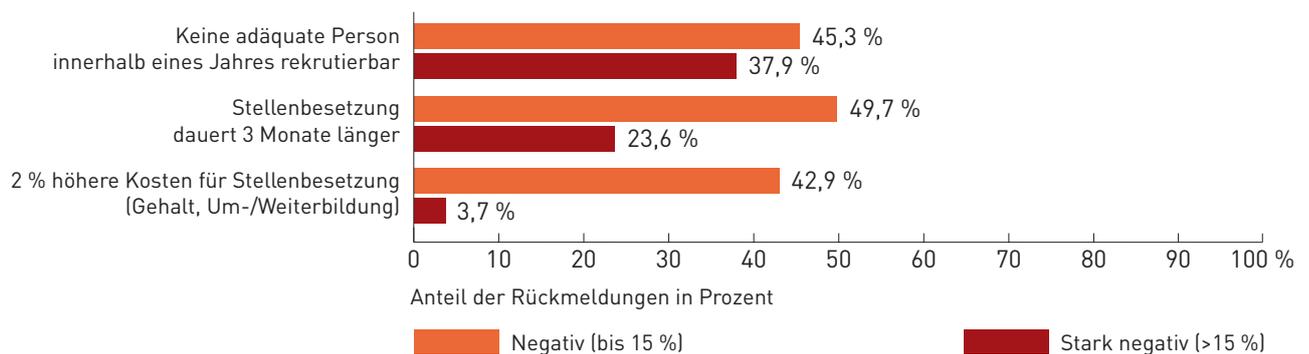
In einem weiteren Teil der Umfrage wurden die teilnehmenden Unternehmen und Verbände gefragt, inwieweit sich unterschiedliche Umsetzungskonzepte zur Masseneinwanderungsinitiative positiv oder negativ auf ihre Geschäftsentwicklung bezüglich Umsatz, Gewinn, Beschäftigung und Investitionen auswirken würden. Die Resultate zeigen eindeutig, dass Lösungen als äusserst schädlich beurteilt werden, wenn sie den Rekrutierungsprozess verlangsamen. Für lange Zeit unbesetzte Stellen fallen für die Unternehmen offenbar besonders negativ ins Gewicht.

Beurteilung möglicher Umsetzungseffekte



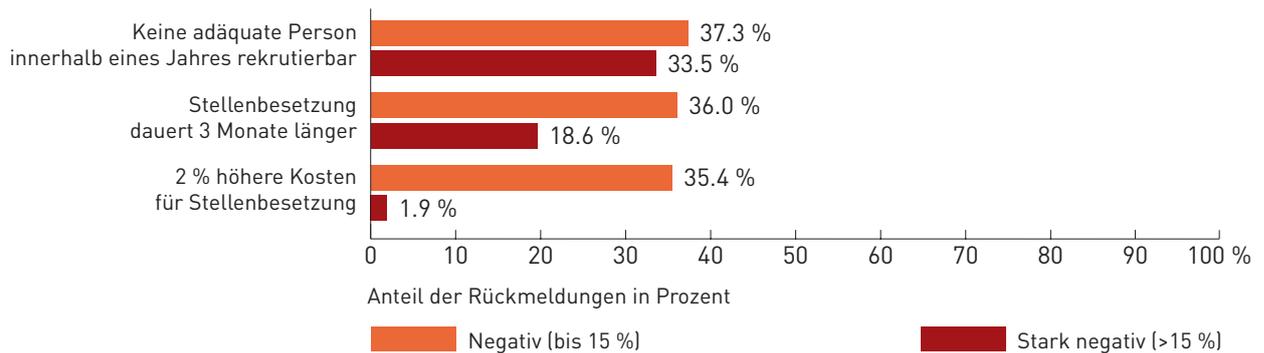
Dauert eine Stellenbesetzung aufgrund der Kontingentierung von ausländischen Fachkräften länger als drei Monate, erwartet fast ein Viertel der befragten Unternehmen einen Rückgang der Beschäftigung um mehr als 15 Prozent. Rund die Hälfte der befragten Arbeitgeber erwartet bei einer dreimonatigen Verlängerung der Stellenbesetzung einen Rückgang der Beschäftigung um bis zu 15 Prozent.

Auswirkungen auf die Beschäftigung im Detail



Ähnlich ist die Ausgangslage bezüglich der Investitionen. Findet sich nicht innerhalb von drei Monaten ein geeigneter Arbeitnehmer, erwarten 18.6 Prozent der antwortenden Unternehmen einen Rückgang ihrer Investitionen um mehr als 15 Prozent und 36 Prozent der Unternehmen einen Rückgang um bis zu 15 Prozent. Sollte es den Arbeitgebern nicht mehr möglich sein, innerhalb eines Jahres eine geeignete Person für eine freie Stelle zu rekrutieren, wird ein Rückgang um bis zu 15 Prozent der Investitionen bei 37.3 Prozent der befragten Unternehmen erwartet. Bei 33.5 Prozent der befragten Unternehmen wird ein Rückgang um mehr als 15 Prozent bei der Investitionen erwartet.

Auswirkungen auf die Investitionen im Detail



Interessant ist, dass die befragten Unternehmen gemäss ihrer Rückmeldung eher bereit sind, höhere Gesamtkosten für eine adäquate Besetzung ihrer offenen Stellen in Kauf zu nehmen, als mit unflexiblen Kontingentslösungen dringend benötigte Fachkräfte nicht oder nur nach langen Wartezeiten rekrutieren zu können.

Schlussfolgerung

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative grosse Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort haben wird. Denn bereits aufgrund der nun herrschenden Unsicherheit rechnet ein Drittel der Befragten damit, dass sie längerfristig ihre Investitionen in der Schweiz stark zurückfahren werden. Und jedes vierte Unternehmen erwartet, dass es in grösserem Umfang Stellen abbauen müssen. Somit ist auch klar: Rund die Hälfte der Unternehmen geht davon aus, dass nach der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative erhebliche Probleme auf sie zukommen.

Gleichzeitig, und das ist positiv zu bewerten, ist das Vertrauen in die Politik intakt. Rund ein Viertel der Unternehmen glaubt, dass der Bundesrat mit der EU eine Lösung finden wird. Noch erwägt keine Firma, der Schweiz den Rücken zu kehren. Diese Chance gilt es auf jeden Fall zu nutzen!

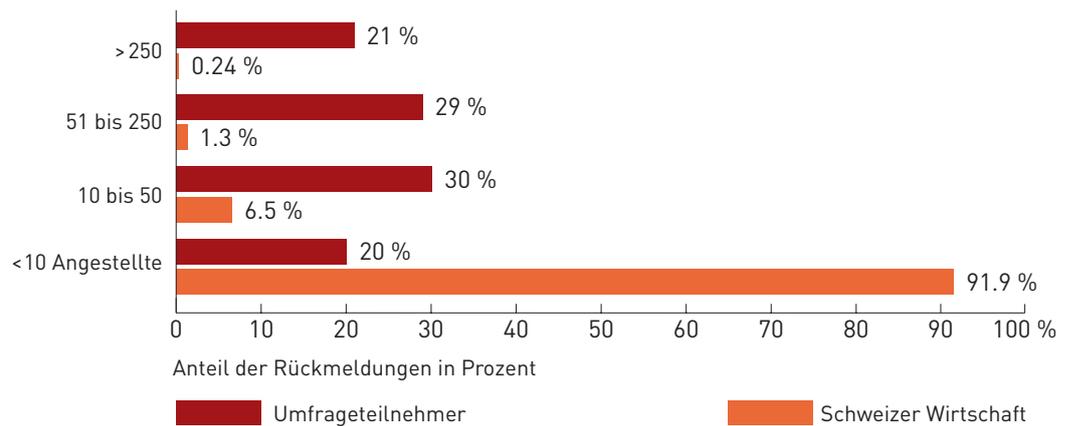
Für die Unternehmen ist es äusserst wichtig, dass die Bilateralen Verträge fortgesetzt werden. Das zeigt sich nur schon deshalb, weil jedes Abkommen von mindestens einem Drittel der Umfrageteilnehmer als positiv bezeichnet wurde – das Landwirtschaftsabkommen ausgenommen. Zudem plädieren die Unternehmen deutlich für ein wirtschaftsverträgliches Zulassungssystem. Unternehmen müssen auch in Zukunft offene Stellen flexibel und unbürokratisch mit den geeigneten Arbeitnehmern besetzen können. Dabei muss berücksichtigt werden, dass über die Hälfte der rund 600 000 Stellen, die seit Inkrafttreten der Bilateralen I geschaffen werden konnten, von Schweizern besetzt werden. Das zeigt: Die Zuwanderer ersetzen die Schweizer nicht, sie ergänzen sie. Dass die Unternehmen eher bereit sind, höhere Kosten für die Stellenbesetzung zu tragen, als lange auf eine Bewilligung und damit auf eine Arbeitskraft

zu warten, muss aus Sicht der Wirtschaft bei der Ausgestaltung des Kontingenzierungssystem berücksichtigt werden. Gemäss den Umfrageergebnissen wären andernfalls Einbussen bei Investitionen und Arbeitsplätzen zu erwarten.

Das Sample: Industrie- und Dienstleistungsunternehmen

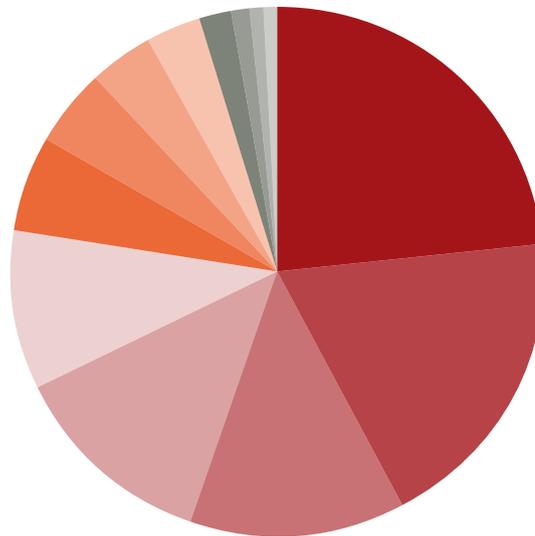
Die Umfrage wurde per E-Mail von economiesuisse versandt, die Antworten erfolgten in der Zeit vom 3. April bis 4. Mai 2015. Gleichzeitig erfolgte eine ähnliche Umfrage bei den Mitgliedern von Swissmem. Die vergleichbaren Daten dieser Erhebung sind in die vorliegenden Auswertungen ebenfalls eingeflossen. Insgesamt decken die Ergebnisse rund 7000 Firmen und wohl mehr als 1200000 Arbeitsplätze ab. Neun Branchenverbände und 153 Unternehmen nahmen an der Umfrage teil. Um den Antworten der Verbandsvertreter nicht ein übermässiges Gewicht zu geben, wurden die Antworten der Verbände wie jene eines Unternehmens gewichtet.

Folgende Übersicht zeigt die Teilnahme an der Umfrage nach Grösse der Unternehmen (ohne Verbände). Die Ergebnisse der Umfrage basieren überproportional auf Antworten von grossen Unternehmen. Von denen hängen wiederum die Erfolge und Wohlstandsbeiträge vieler KMU ab.



Für Grossunternehmen ist es generell schwierig, sich in eine Branche einzuteilen. Dies erklärt die häufige Nennung der Kategorie «Andere». Im Sample ist die Bauindustrie besonders dominant.

Bauindustrie	23.5 %
Andere	19.0 %
Food	13.1 %
Consulting	12.4 %
MEM	9.8 %
Banken	5.9 %
IT	4.6 %
Pharma-/Chemie-/ Biotechindustrie	3.9 %
Detailhandel	3.3 %
Gesundheit	2.0 %
Gastronomie/ Hotellerie	1.3 %
Uhrenindustrie	0.7 %
Textilindustrie	0.7 %



Inhaltliche Mitarbeit

Sibille Duss, Ökonomin, UBS Schweiz

Dr. Daniel Kalt, Chefökonom, UBS Schweiz

Dr. Jean-Philippe Kohl, Leiter Wirtschaftspolitik, Swissmem

Claude Maurer, Leiter Swiss Macro Research, Credit Suisse

Bettina Rutschi Ostermann, Ökonomin, Credit Suisse

Dr. Stefan Vannoni, Stv. Leiter Allgemeine Wirtschaftspolitik, economiesuisse

Rückfragen

Dr. Daniel Kalt, daniel.kalt@ubs.com, Tel. 044 234 25 60

Claude Maurer, claudio.maurer@credit-suisse.com, Tel. 044 333 41 90

Dr. Stefan Vannoni, stefan.vannoni@economiesuisse.ch, Tel. 044 421 35 14

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich

www.economiesuisse.ch